Scheitern in Kreuzberg

Konspirativ organisierter Nazi-Aufmarsch erfolgreich blockiert; Nazis greifen PassantInnen an

➲ Dossier zum Demo-Versuch am 14. Mai 2011 in Berlin | Stand: 15.05.2011



Am 14. Mai 2011 wollten Neonazis einen Aufmarsch durch Berlin-Kreuzberg durchführen. Dazu wurde nicht öffentlich aufgerufen, sondern es wurden ausschließlich szeneinterne Kanäle genutzt. Auch die Polizei gab keine Informationen zum Ort der Veranstaltung an Presse, Öffentlichkeit und Bezirk. Rund 110 Neonazis versammelten sich am Kreuzberger U-Bahnhof Mehringdamm, ihnen stellten sich etwa 500 Menschen entgegen. Die Polizei war mit der Situation vollkommen überfordert, es brach minutenlanges Chaos aus und es kam zu Übergriffen auf GegendemonstrantInnen und PassantInnen unter den Augen der Polizei. MitarbeiterInnen des apabiz erstellen bei solchen Veranstaltungen Bild-, Video- und Audiodokumente, die zu Dossiers verarbeitet werden und als Material für die Auseinandersetzung mit dem Thema Neonazismus dienen.

1. Zusammenfassung

Der langgehegte Traum der Berliner Neonaziszene, in dem von ihnen besonders verhassten Bezirk Kreuzberg aufzumarschieren, ist einmal mehr nicht zur Realität geworden. Am 14. Mai 2011 konnten die etwa 110 Rechten, die sich am Bahnhof Mehringdamm versammelt hatten, nicht einen einzigen Meter marschieren.

Konspirative Vorbereitung

Die Neonazis hatten im Geheimen, nur über ihre internen Kommunikationswege, zu der Demonstration mobilisiert. Auf den einschlägigen Internetseiten, dem sonst wichtigsten Mobilisierungsinstrument, waren im Vorfeld keine Hinweise auf eine Demonstration in Berlin zu lesen. Man verließ sich ganz auf interne E-Mail- und SMS-Verteiler. Solch ein konspiratives Vorgehen ist in den vergangenen Jahren zu einem festen Bestandteil des Aktionsrepertoires der extremen Rechten geworden. Das Kalkül dahinter ist, dem Druck von Gegenprotesten und von Blockaden ausweichen zu können. Zuletzt waren am Vorabend des 1. Mai 2011 Neonazis unangemeldet und mit Fackeln durch das sächsische Bautzen gezogen.

In Berlin wurde die für den 14. Mai geplante Demonstration durch einen Zufall am Nachmittag des Vortages dennoch publik. Ein Neonazi hatte die Planung auf Facebook ausgeplaudert. In Berlin stünde eine Aufmarsch an, wobei aber keine konkreten Informationen zum Ort veröffentlicht wurden: »Wenn es klappt, ist es die geilste Route, die man sich vorstellen kann.« JournalistInnen erhielten von der Pressestelle der Berliner Polizei keine konkreten

Eckdaten

Datum:	**Sonnabend, 14. Mai 2011**
Motto:	**»Wahrheit macht frei«**
Ort:	**U-Bahnhof Mehringdamm (Berlin-Kreuzberg)**
Veranstalter:	**»Nationaler Widerstand Berlin«**
Anmelder:	**Sebastian Schmidtke (»Nationaler Widerstand Berlin«, NPD-Vizelandeschef in Berlin)**
TeilnehmerInnen:	**Etwa 110 Neonazis aus Berlin, Brandenburg, Sachsen und Westdeutschland**
Dauer	**Angemeldet von 12 bis 20 Uhr, tatsächlich 12 bis 13.30 Uhr. Der Aufmarsch konnte aufgrund heftiger Proteste nicht stattfinden.**

Inhalt: 1. Zusammenfassung | 2. Dokumentation | 3. Pressespiegel

v.i.s.d.p.: apabiz e.v., lausitzerstr. 10, 10999 Berlin | dank an unsere fördermitglieder, die mit ihrem beitrag die finanzierung unterstützen | fotos: alle rechte liegen bei den fotografen

Informationen über den Ort, sondern lediglich den Hinweis auf die Bezirke Kreuzberg, Tempelhof und Neukölln als mögliche Aufmarschorte. Innerhalb weniger Stunden kursierten dann erste Protestaufrufe von antifaschistischen Gruppen im Internet und in der Nacht von Freitag auf Samstag wurden Protestplakate in Kreuzberg verklebt. Auch eine Gegenkundgebung war für den Platz der Luftbrücke in Kreuzberg angemeldet worden. Aufmarschzeit, Treffpunkt und genaue Route waren zwar unbekannt – trotzdem war aus der Geheimdemo eine öffentliche geworden.

Verfehlte Polizeitaktik

Die Polizei war über die angemeldete Demonstration schon vorher informiert, hatte sich aber entschieden, sich der Geheimhaltungstaktik der Neonazis anzuschließen. Offenkundig sollten so Proteste verhindert oder zumindest erschwert werden. Die Bevölkerung Kreuzbergs und auch das Bezirksamt wurden von der Polizei nicht darüber informiert und gewarnt, dass gewaltbereite Rechte durch ihren Bezirk laufen wollen. Treffpunkt und Route wurden auch am Tag des Aufmarsches weiterhin verschwiegen. Am Herrmannplatz in Neukölln waren am Vormittag Polizeikräfte zusammengezogen und auch der Lautsprecherwagen der Neonazis stoppte dort. Die größtenteils migrantischen BesucherInnen eines am Herrmannplatz stattfindenden Kinderfestes zeigten sich verstört durch das Szenario. PressevertreterInnen wurde von der Polizei geraten, am Herrmannplatz zu verbleiben, wenn sie über die Demonstration berichten wollten.

Nazis schlugen PassantInnen und GegendemonstrantInnen zusammen

Stattdessen versammelten sich die Neonazis um 12 Uhr am U-Bahnhof Mehringdamm, der zwei Stationen vom Hermannplatz entfernt ebenfalls an der U-Bahnlinie U7 liegt. Recht schnell gruppierten sich über 500 Protestierende und blockierten diese zu beiden Seiten. Minutenlang standen die aufmarschbereit formierten Rechten hilflos an ihrem Treffpunkt, lauschten den Klängen aus ihrem Lautsprecherwagen – und sahen sich überall mit wütenden GegendemonstrantInnen konfrontiert. Nach einiger Zeit wurde die Blockade auf der südlichen Aufmarsch-Route (Richtung Tempelhof) von der Polizei eingekesselt. In diesem Moment liefen die TeilnehmerInnen des Nazi-Aufmarsches in den U-Bahneingang Meringdamm und kamen an dessen anderem Ende wieder heraus. Jetzt befanden sich die Nazis außerhalb des Polizeikordons und auch außerhalb der Blockade, die die Polizei von den Neonazis wegzuhalten versuchte. Gleich, nachdem sie aus dem Bahnhofsausgang herauskamen, griffen die Neonazis umstehende Menschen an. Mehrere Personen wurden zusammengeschlagen. Festnahmen der prügelnden Neonazis erfolgten nicht oder zumindest nicht vor Ort.

Die Polizei musste ihre Kräfte gleich wieder an den Neonazis konzentrieren und darum die Sperrlinie an der Blockade aufgeben. Ergebnis: Die Rechten steckten an der Ecke Mehringdamm/Yorckstraße, nur 100 Meter von ihrem ursprünglichen Treffpunkt, umringt von GegendemonstrantInnen fest. Das mutmaßliche Vorhaben der Polizei, die Neonazidemo durch die Rückhaltung von Informationen und durch weit reichendes Entgegenkommen schnell und protestlos über die Bühne zu bringen, war vollends gescheitert. Stattdessen herrschte minutenlanges Chaos. Die Polizei hatte die Situation nicht unter Kontrolle.

Chaos am Mehringdamm und undurchsichtige Polizeitaktik

GegendemonstrantInnen unternahmen den Versuch einer Sitzblockade und wurden von der Polizei ruppig zurückgedrängt. Von allen Seiten wurden die Neonazis beschimpft. Teilweise versuchte die Polizei in dieser Situation GegendemonstrantInnen festzunehmen. Es wurde auch Pfefferspray eingesetzt. Wiederholt klafften Lücken in der Polizeilinie, was einzelne Neonazis ausnutzen, um GegendemonstrantInnen anzugreifen. Auch der Anmelder des Aufmarsches, der stellvertretene NPD-Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke, versuchte sich an einer solchen Attacke. Mehrfach wurden aus der Menge der Neonazis Böller in die Menge der GegendemonstrantInnen geworfen. Von deren Seite aus wurden wiederum dutzendfach Tomaten auf die Neonazis geworfen. Auch einzelne Flaschenwürfe aus beiden Richtungen waren zu beobachten. Mitten in diesem Durcheinander erklärte Anmelder Schmidtke die Demonstration für aufgelöst – dennoch wurden die Neonazis weiterhin von den GegendemonstrantInnen blockiert. Gegen 13:20 Uhr gaben die Rechten endgültig auf: Sie eilten unter weiteren Beschimpfungen zurück in den Bahnhofeingang und bestiegen die U-Bahn.

Im U-Bahnhof Mehringdamm waren die Neonazis zunächst ohne Polizei-Begleitung. PassantInnen auf den zu dieser Tageszeit belebten Bahnsteigen und in der U-Bahn wurden von den ohne jede Vor-

Die Neonazis stellten sich gegen 12 Uhr am Kreuzberger Mehringdamm in Demonstrationsformation auf.



Nachdem sie blockiert wurden, versuchten die Neonazis, sich 100 Meter entfernt neu zu gruppieren.



warnung heranstürmenden Neonazis völlig überrascht. Es kam zur Jagd und mehreren Übergriffen auf Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Polizei wirkte am Mehringdamm zeitweise völlig überfordert. Ihr Vorgehen ermöglichte den Neonazis zweitweise frei zu agieren, und auf GegnerInnen und PassantInnen loszugehen. Nach Polizeiangaben wurden am Mehringdamm auch insgesamt sieben BeamtInnen verletzt.

Auch Plan B gescheitert

Der größte Teil der Neonazis fuhr mit der U-Bahnlinie U7 in Richtung Rudow, einem stadtauswärts gelegenen Teil von Neukölln, wo bereits der vorzeitig aus Kreuzberg abgezogene Lautsprecherwagen wartete. Sie versuchten dort ersatzweise spontan zu demonstrieren. Auch dieser Plan B misslang. Auf der Wutzkyallee liefen kurzzeitig rund 40 auswärtige und Berliner Neonazis und riefen rassistische Parolen. Sie wurden nach wenigen Minuten von der Polizei festgesetzt, durchsucht, kontrolliert und erhielten dann Platzverweise. Ein dort festgestellter Neonazi hatte einen offenen Haftbefehl.

Aufmarsch als Teil der »Ausländer raus«-Kampagne

Das Motto der gescheiterten Demonstration lautete: »Wahrheit macht frei. Für die Erfassung der Nationalität bei Straftätern«. Mit dem Slogan »Wahrheit macht frei« wollten die Neonazis Assoziationen zu der Parole »Arbeit macht frei« wecken, die über den Eingangstoren der Konzentrationslager Auschwitz und Dachau angebracht waren. Keine neue Idee: Bereits im April 1990 hatte ein Kongress von Neonazis und HolocaustleugnerInnen im Münchner Löwenbräukeller unter dem gleichen, Ausschwitz-leugnenden Motto gestanden.

Die Demonstration sollte sich in die aktuelle »Ausländer raus«-Kampagne der parteifreien Berliner Neonaziszene einfügen. Seit Februar 2011 finden, vor allem im Süd-Osten Berlins, immer wieder ebenfalls konspirativ organisierte Kleinstkundgebungen, Flugblattaktionen und Plakatierungen in diesem Zusammenhang statt. Schon seit mehr als einem Jahr haben die Neonazis Neukölln und Kreuzberg als Aktionsfeld für sich entdeckt. Zuerst hatte es in erster Linie nächtliche Angriffe und Sprühaktionen an linken und alternativen Lokalen und Ladengeschäften gegeben. Dadurch ermuntert

Die Kampagne »Ausländer raus«

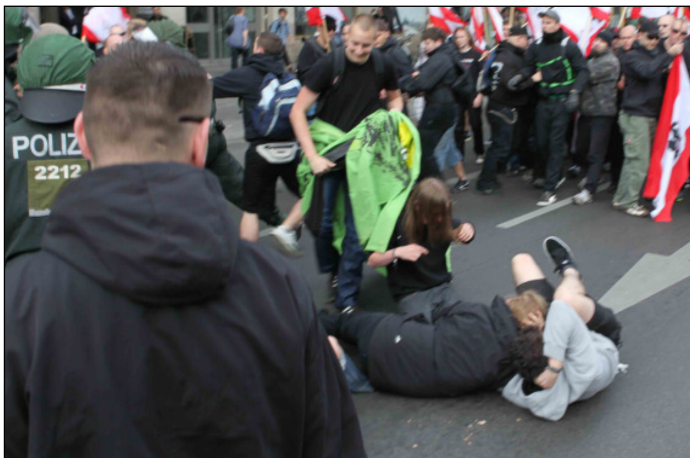
Seit Februar 2011 fanden mehrere Veranstaltungen und Aktionen des »Nationalen Widerstand Berlin« statt, die unter dem Namen »Ausländer Raus Kampagne« liefen. Als Auslöser wird ein Übergriff Anfang Februar 2011 angeführt. Damals wurde ein junger Mann im U-Bahnhof Lichtenberg von mehreren Jugendlichen überfallen und schwer verletzt. Von Seiten der Neonazis wird der Vorfall als ein Überfall von von einer »Ausländerbande« auf einen »jungen Deutschen« dargestellt. Wenige Tage später fand ein unangemeldeter Aufmarsch von Neonazis in Lichtenberg statt. Am 18.02. veranstaltete die NPD Berlin eine Mahnwache unter dem Motto »Kriminelle Ausländer raus!«, an der 200 Menschen teilnahmen. Als Redner traten dort unter anderem Sebastian Schmidtke und der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt auf. Zwei Wochen später wurde auf der Homepage des NW-Berlin ein kurzer Text zur Kampagne veröffentlicht.

In dem Papier wird von einem »Ausländerproblem« gesprochen, das wie ein »Krebsgeschwür in den deutschen Volkskörper« eindringe und versuche, »ihn von innen zu zersetzen«. In den 60 Jahren der Demokratie würde nun der »Volkstod der Deutschen« vollführt, was den Feinden Deutschlands in 2000 Jahren nicht gelungen sei. Hier knüpft der NW Berlin inhaltlich an die Kampagne »Die Demokraten bringen uns den Volkstod« aus Brandenburg an. Passend zu der inhaltliche Ausrichtung an der Blut- und Boden-Ideologie des historischen Nationalsozialismus wird der Text mit einem Zitat Adolf Hitlers beendet.

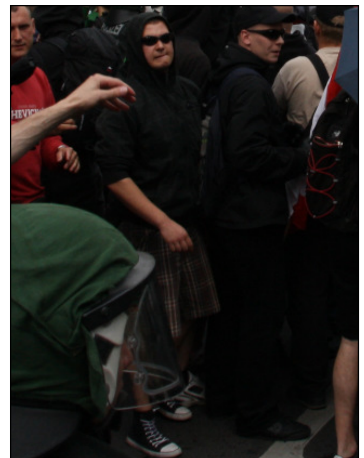
Neben der Kundgebung und dem spontanen Aufmarsch führte der »Nationale Widerstand Berlin« nach eigenen Angaben mindestens zwölf Aktionen durch, darunter Kleinstkundgebungen, die nur wenige Minuten dauerten, sowie Infostände und Flugblatt-Verteilaktionen in Neukölln, Köpenick, Schöneweide, Tempelhof und Friedrichshain.

Beim Herauslaufen aus der U-Bahnunterführung ließ die Polizei es zu, dass die Neonazis vier junge GegendemonstrantInnen, die eine Sitzblockade versuchten, zusammenschlugen. Im rechten Bild: Einer der Täter nach dem Angriff, gut erkennbar an seiner Kleidung.

(C) Bild links und mitte: PM Cheung







sind die Neonazis zur offen rassistischen Hetze in diesen migrantisch geprägten Stadtteilen übergegangen.

Staatliche Reaktionen auf diese Neonaziaktivitäten hat es bislang kaum gegeben, obwohl beispielsweise bekannt ist, dass der maßgebliche Organisator dieser Aktionen Sebastian Schmidtke ist. Er hatte in der Vergangenheit etwa offen eingeräumt, dass die Berlin-weit maßgebliche Neonazi-Webseite »nw-berlin.net« von ihm mitbetrieben wird. Trotz der dort betriebenen Hetze kam es lediglich zur Indizierung der Seite – allerdings wurde dieser Schritt erst Anfang Mai diesen Jahres vollzogen und schränkt die Erreichbarkeit der Seite nicht ein, da diese auf einem Server im Ausland liegt.

Hintergrund: Demoanmelder Sebastian Schmidtke

Schmidtke selbst ist stellvertretender Vorsitzender der Berliner NPD. Er ist tatsächlich jedoch weniger Parteiaktivist, sondern in erster Linie ein Exponent der parteifreien Kameradschaftsszene. Der aus dem Brandenburgischen Strausberg stammende Schmidtke war führender Aktivist des Kameradschaftsnetzwerks »Märkischer Heimatschutz« und stieß nach dessen Selbstauflösung in die Reihen der Berliner Kameradschaftsszene. Diese gruppiert sich um die bereits erwähnte Webseite »nw-berlin.net« und ist eng mit der deutlich neonazistisch ausgerichteten Berliner NPD und deren Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) verquickt. Schmidtke tritt regelmäßig als Anmelder einschlägiger Veranstaltungen auf. Auch die – ebenfalls durch eine Blockade verhinderte – Demonstration am 1. Mai 2010 in Prenzlauer Berg hatte er zu verantworten.Auch damals gab es den Versuch einer unangekündigten Demontration auf dem Kurfürstendamm als Ergänzung zum Event im Prenzlauer Berg.

Es stellt sich die Frage, warum es zugelassen wird, dass eine Person wie Sebastian Schmidtke weiterhin Demonstrationen ausrichtet. Sicherlich hätte allein schon das offen nazistische Motto des Aufzuges am 14. Mai Handhabe für ein Verbot im Vorfeld gegeben.

DemoteilnehmerInnen aus der Region und aus Westdeutschland

Die Demonstration war geprägt von Personen aus den neonazistischen Kameradschaften. Gleichwohl war die NPD stark vertreten - beide Spektren sind in Berlin in weiten Teilen deckungsgleich. Neben Anmelder und NPD-Vizelandeschef Schmidtke nahmen unter anderem die Berlin NPD-Aktivisten Jan Sturm und Sandor Makai am Aufmarschversuch teil. Der Lautsprecherwagen wurde ebenfalls durch die NPD gestellt.

Der Ablauf des aktuellen Demonstrationsversuchs am 14. Mai in Kreuzberg belegt dreierlei. Erstens ist die Bereitschaft zur Gewalt und die Erlebnisorientierung der teilnehmenden Neonazis einmal mehr deutlich geworden. Dies zeigen die Angriffe auf unbeteiligte, migrantische PassantInnen und auf GegendemonstrantInnen. Zweitens ist die Berliner Neonaziszene zwar überaus selbstbewusst – aber organisatorisch und personell schwach aufgestellt. Gerade einmal knapp über 100 TeilnehmerInnen konnten mobilisiert werden – und scheiterten am selbst gestellten Auftrag, endlich einmal in Kreuzberg zu demonstrieren. Drittens ist die Szene trotz ihrer relativen Schwäche in der Stadt selbst nach Außen gut vernetzt. Unter den Neonazis am Mehringdamm befanden sich nicht nur Neonazis aus Berlin und teilweise aus Brandenburg (unter anderem Potsdam und der Uckermark) – sondern auch aus Westdeutschland war ein nicht geringer Teil angereist. Vor Ort waren beispielsweise die Neonazikader Dieter Riefling (Hildesheim) und Axel Reitz (NRW, Raum Köln) mit ihren AnhängerInnen. Dieter Riefling war im April bereits als Referent auf einer Veranstaltung des Nationalen Wiederstands Berlin im Rahmen der »Ausländer raus«-Kampagne.

Die Neonazi-Demonstration war über das sonst übliche Maß hinaus männlich geprägt. Der Anteil von Frauen dürfte unter fünf Prozent gelegen haben.

Parallelveranstaltungen und Vortragsabend im Anschluss

Ebenfalls am 14. Mai 2011 sollte in Brandenburg/Havel eine NPD-Kundgebung abgehalten werden, die jedoch am Vortag ohne Begründung abgesagt wurde. Eine Demonstration der NPD und Freier Kameradschaften im 250 Kilometer von Berlin gelegenen Salzwedel (Sachsen-Anhalt) zog 150 Neonazis und 500 GegendemonstrantInnen an. Inwieweit der Demonstrationsplan in Berlin ein bewusster Affront gegen die Salzwedeler Neonazis war und ob die Absage in Brandenburg aus Rücksicht auf Berlin erfolgte, ist nicht bekannt.

Für den Abend des 14. Mai war für Berlin als Begleitprogramm zur Demonstration eine Vortragsveranstaltung angekündigt.

Eng umsäumt von GegendemonstrantInnen waren die Neonazis am Mehringdamm.



2. Dokumentation

a. Aufruf zu Gegenprotesten

- **Naziaufmarsch am 14. Mai in Berlin verhindern! (Autonome Antifa Neukölln)**

Für den morgigen Samstag planen Nazis aus dem Umfeld der Protagonisten des kürzlich indizierten Internetportals »NW-Berlin« unter dem Motto »Wahrheit macht frei - Die Täter bei der Herkunft nennen« einen Aufmarsch. Die Aktion steht offenbar in Zusammenhang mit der seit Wochen laufenden »Ausländer raus«- Kampagne.

Angemeldet ist der Aufmarsch von 12.00 – 20.00 Uhr. Der langjährige Aktivist des »Nationalen Widerstand Berlin« und Stellvertretender Landesvorsitzende der Berliner NPD, Sebastian Schmidtke, fungiert dabei als Anmelder.

Die genaue Route der Nazis wird von der Polizei geheimgehalten und soll erst wenige Stunden vor Beginn bekannt gegeben werden. Erste Vermutungen legen nah, dass der Aufmarsch durch Nord-Neukölln oder durch den südlichen Teil Kreuzbergs verlaufen soll. Entsprechende Äußerungen von Nazis im Internet deuten ebenfalls darauf hin.

+++ Update zum Gegenprotest +++

Ab 11.30 Uhr wurde am Platz der Luftbrücke eine Gegendemo angemeldet. Dort soll es auch, an der Ecke Mehringdamm/Columbiadamm (Tempelhof), eine Blockade gegen den Naziaufmarsch geben.

Egal ob Neukölln, Kreuzberg oder Tempelhof – Kein Ort für Nazis! Achtet auf aktuelle Ankündigungen und beteiligt euch an den Gegenprotesten.

b. Transparente

- Fronttransparent: Wahrheit macht frei! Für die Erfassung Nationalität bei Straftätern
- Deutsche wehrt Euch
- Unserem Volk eine Zukunft – Den Verhältnissen den Kampf ansagen – www.demo-berlin.net
- Kriminell ist das System, nicht der Widerstand! Weg mit §130 StGB!

Bild links: Anmelder Sebastian Schmidtke (r.) versuchte, auf die Gegendemo zu stürmen und musste von Dieter Riefling zurückgehalten werden.
Bild rechts: Der endgültige Abgang in den U-Bahnhof verlief für die Neonazis teilweise in erkennbarer Panik.





Durch diesen Facebook-Eintrag wurde der Aufmarsch trotz der Verschleierungstaktik von Polizei und Neonazis publik.

c. Auswertung in Neonazi-Szenemedien

- **Eintrag im neonazistischen Internetforum »Thiazi.net« vom 15. Mai 2011 durch den User »Demoleitung Berlin«**

»Berlin dankt allen auswertig angereisten Kameraden... Wir sollten das gestern, auch ohne gelaufen zu sein, nicht als Niederlage ansehen. Wir haben Kraft und Entschlossenheit demonstriert, auch gegen eine Übermacht. Wir haben tatktisch probiert was möglich war, aber die Polizei hat eine enorm schlechte Tatktik gefahren, daher wa an diesem Tag zumindestens kein durchkommen. Wir haben im Herzen von kreuzberg, kurz vor den bekannten Mehringhöfen (Antifaschaltzentrale) und in dem Multikultbezirk schlechthin unseren Mann gestanden.«

3. Pressespiegel

a. Presse vor dem Aufmarsch

- **Naziaufmarsch Richtung Kreuzberg**
  Störungsmelder (Zeit Online) / 13.05.2011 / Johannes Radke

Die rechte Szene plant für Samstag einen Naziaufmarsch in Berlin. Angemeldet ist die Veranstaltung unter dem Motto »Wahrheit macht frei« – offenbar in Anlehnung an den zynischen Spruch der Nationalsozialisten »Arbeit macht frei«, der auf den Eingangstoren der Konzentrationslager Auschwitz und Dachau stand. Ab 12 Uhr wollen die Neonazis sich versammeln, angemeldet ist der Aufzug bis 20 Uhr. Wo genau, halten Polizei und der Veranstalter geheim. Erst



kurz vor dem Beginn wollen die Rechtsextremen im Internet den genauen Ort bekannt geben.

Die Route wird direkt am Polizeipräsidum in Tempelhof vorbei und dann weiter auf dem mehringdamm Richtung Kreuzberg 61 führen. »Wenn es klappt, ist es die geilste Route, die man sich vorstellen kann«, schreibt ein Neonazi im Internet. Anmelder des Aufmarsches ist der NPD-Politiker Sebastian Schmidtke, der jahrelang führendes Mitglied der Nazigruppierung »Märkischer Heimatschutz« war. Er hatte auch den Aufmarsch am 1. Mai 2010 in Prenzlauer Berg angemeldet.

Dass die Polizei die Route nicht bekannt geben will, sorgt bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus für Unverständnis. »Es muss geprüft werden, inwieweit die Polizei hier die Geheimhaltetaktik der Rechten begünstigt.« Dass die Rechten sich nicht trauen ihren Aufzug öffentlich zu bewerben, sieht Klose als »Erfolg einer entschlossenen Zivilgesellschaft, die bisher jeden Naziaufmarsch in Berlin zu einem Debakel gemacht hat«

Linke Gruppen kündigten für Samstag Protestaktionen an. »Die Nazis können sich sicher sein, dass es in Berlin keinen Aufmarsch geben wird, der störungsfrei über die Bühne geht«, sagte Lars Laumeyer von der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB). Die konspirative Mobilisierung wertet er als Zeichen für die derzeitige Schwäche der Naziszene. »Die müssen ganz schön eingeschüchtert sein, dass sie nur heimlich mobilisieren.«

http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2011/05/13/naziaufmarsch-richtung-kreuzberg_6244

b. Presse nach dem Aufmarsch (Auszüge)

»Kreuzberg war ne Scheißidee – nieder mit der NPD!«
Netz gegen Nazis/Simone Rafael, 14.05.2011

[...] Der Polizeipressesprecher bat am Samstag um 11 Uhr, man möge um 12 Uhr noch einmal anrufen, und um 12 Uhr um »noch ein bisschen Geduld«. Die Polizei wolle, so versichert er treuherzig, doch nur dafür sorgen, »dass die sich nicht die Köppe einschlagen«. Deshalb: Keine Informationen für die Presse, keine Informationen für die Zivilgesellschaft darüber, wo denn die Neonazis ihre "Demonstration" durch Kreuzberg starten wollten.

[...] Dann gab es erste Berichte von Neonazis am Hermannplatz, wo zugleich ein hauptsächlich von migrantischen Familien besuchtes Kinderfest stattfand. Dort verwendete die Polizei dann auch erst einmal Pfeffersspray gegen Gegendemonstranten los, die versuchten, den Nazidemo-Lautsprecherwagen mit dem Neuköllner NPD-Mann Jan Sturm an Bord die Weiterfahrt zu erschweren, der sich dort tatsächlich hatte blicken lassen.

[...] Die Polizei wirkte in dieser recht unübersichtlichen Situation konfus, kesselte die Nazis an einem Eingang des U-Bahnhof Mehringdamm und brachte sie dazu, in den U-Bahnhof hinab zu steigen, während oberirdisch die Gegendemonstranten gekesselt und zum Teil brutal körperlich angegangen wurden.

[...] Unter denn Gegendemonstranten war auch der Ur-Kreuzberger Grünenpolitiker Christian Ströbele. »Es war wohl ein Versuch«, schätzt er die Situation ein, »aber Kreuzberg ist eben kein Platz für Neonazis. Das Scheitern hier solle ihnen die Laune wohl vermiesen.« Gleichwohl kritisierte Ströbele die Taktik der Polizei: »Durch Desinformation Gegendemonstrationen zu verhindern, geht gar nicht.«

http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/kreuzberg-war-ne-scheissidee-nieder-mit-der-npd-9104

Jagdszenen in Kreuzberg – Neonazis gehen in U-Bahnhof auf Migranten los
Tagesspiegel Online/Johannes Radke, Tanja Buntrock, 14.05.2011

[...] Ein junger Mann mit dunkler Hautfarbe rennt in Panik die Treppenstufen des U-Bahnhofs hinauf, verfolgt von einer Gruppe grölender Neonazis, die auf ihn einschlagen. Plötzlich erscheinen zwei Polizisten in Kampfmontur, die den Angegriffenen zügig beiseite schieben.

[...] »Deutschland den Deutschen, Ausländer raus«, skandieren die fast ausschließlich in Schwarz gekleideten Rechtsextremisten. »Was wollt ihr hier?«, ruft ein sichtlich schockierter türkischer Imbissbesitzer. »Komm doch her«, schreit ihm ein vermummter Rechter, der mit beiden Händen drohend eine Fahnenstange hält, entgegen. »Das ist unglaublich, die machen hier Jagd auf Ausländer«, spricht eine Frau in ihr Handy.

Gegen 12 Uhr sah es noch so aus, als habe die Polizei die Situation unter Kontrolle. Die Rechtsextremen sammelten sich auf dem Mehringdamm in Höhe der Baruther Straße, darunter viele bekann-

Die Blockaden am Mehringdamm waren rund 500 Personen stark. Immer wieder ging die Polizei gegen die NazigegnerInnen vor.







In der Wutzkyallee in Berlin-Rudow versuchten rund 40 Neonazis, doch noch zu einem kleinen Aufmarsch zu kommen. Wieder vergebens: Sie wurden nach wenigen Metern von der Polizei festgesetzt.

te Funktionäre aus Westdeutschland. Innerhalb von einer halben Stunde strömten hunderte Gegendemonstranten auf die Straße und blockierten die Fahrbahn. Die Polizei begann einen Kessel um die Nazigegner zu bilden, die mit Pfiffen und Sprechchören friedlich protestierten.

Doch mit einem simplen Trick überrumpelten die Rechten die Polizei. Auf ein Kommando rannten sie in die nördlichen Eingänge des U-Bahnhofs Mehringdamm, zündeten dort »Polenböller« und stürmten aus den südlichen Eingängen direkt in die Menge der Gegendemonstranten. Minutenlang hatte die Polizei die Lage nicht unter Kontrolle. Die Rechten gingen mit Fahnenstangen und Fäusten auf Migranten, Journalisten und Gegendemonstranten los. Flaschen flogen von beiden Seiten.

[...] Die SPD kündigte an, die Geschehnisse im nächsten Verfassungsschutzausschuss zu thematisieren. »Der NPD-Politiker Sebastian Schmidtke trägt als Anmelder persönlich die Verantwortung für die Gewalttaten«, sagte der SPD-Sicherheitsexperte Tom Schreiber. Er forderte für zukünftige von Schmidtke angemeldete Aufmärsche ein Verbot im Vorfeld. Zudem müsse mit dem Einsatzleiter geklärt werden, wie es dazu kommen konnte, dass die Rechten durchbrachen. Auch sei aus polizeilicher Sicht zwar verständlich, dass die Polizei die Route geheim hielt, »aber Proteste in Sicht- und Hörweite der Rechten müssen weiterhin möglich sein.«

»Es ist ein katastrophales Zeichen an die Zivilgesellschaft, dass die Polizei am Tag selbst den Rechtsextremisten das Feld bereitete«, sagte die Leiterin der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Bianca Klose. »Ich habe da kein Verständnis für«, sagte der Grünen-Abgeordnete Christian Ströbele, der selbst an den Protesten teilnahm. Mit einer solchen Geheimhaltungstaktik werde nicht nur zivilgesellschaftlicher Protest erschwert, sondern auch ein Misstrauen der Bürger gegenüber der Polizei geschürt. Nicht einmal der Bezirksbürgermeister Franz Schulz (Grüne) sei informiert worden, heißt es vom Bezirksverband der Grünen. Gleichzeitig verurteile die Partei »den Einsatz von Pfefferspray gegen friedliche Gegendemonstranten«.

Auch die Gewerkschaft Verdi kritisierte den Einsatz. »Die Informationspolitik des rot-roten Senats sowie der Polizei ist ein Skandal. Antifaschistischer Protest wird somit verunmöglicht«, sagte Ringo Bischoff, Bundesjugendsekretär der Verdi-Jugend. Der Übergriff von Neonazis auf Migranten zeige erneut, wie notwendig zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen Rechts sei.

http://www.tagesspiegel.de/berlin/neonazis-gehen-in-u-bahnhof-auf-migranten-los/4172264.html

Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs und verschiedene andere Primärquellen. Diese werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 1990er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek und verschiedene Sondersammlungen.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (erhältlich unter http://www.apabiz.de) umfasst mehr als 60 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können.

Publikationen: Die Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir neben der Bildungsarbeit in unserem alle zwei Monate erscheinenden Rundbrief *monitor*, sowie in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter http://www.apabiz.de.

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
fon | fax: 030.6116249
mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de
geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

diese publikation wurde durch mittel aus dem berliner landesprogramm gegen rechtsextremismus, fremdenfeindlichkeit und antisemitismus gefördert.

